

SPD-Fraktion | Eppinghovener Str. 10 | 46535 Dinslaken

Stadt Dinslaken
Bürgermeister
Simon Panke
- Rathaus -
46535 Dinslaken

Volker Kobelt
Fraktionsvorsitz
Telefon: 02064 70386
E-Mail: fraktion@spd-dinslaken.de

Ihr Zeichen:
Unser Zeichen: Ko/Mü/Ho
Dinslaken, den 17.03.2026

**Änderungsantrag gem. den §§ 11 und 14 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt
Dinslaken zur Vorlage 137/2026 und Vorlage 137 1. Ergänzung –
Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026
Hier: Ermittlung von Einspar- und Optimierungspotentialen bei städtischen Büroflächen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Panke,
sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß den §§ 11 und 14 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Dinslaken beantragt die SPD-Fraktion zur Vorlage 137/2026 und Vorlage 137/2026 1. Ergänzung, der Rat der Stadt Dinslaken möge in seiner Sitzung am 26.03.2026 beschließen, die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat eine umfassende Bestandsaufnahme und Potentialanalyse zu den städtischen Büroflächen vorzulegen.

Die Analyse soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

- a. Eine vollständige Übersicht aller von der Stadt Dinslaken genutzten Büroflächen, aufgeschlüsselt nach eigenen Immobilien und angemieteten Objekten, einschließlich der jeweiligen Flächen in Quadratmetern, der jährlichen Kosten (Miete, Nebenkosten, Bewirtschaftung) sowie der Vertragslaufzeiten bei Mietobjekten.
- b. Eine Darstellung der Anzahl der Büroarbeitsplätze, differenziert nach Arbeitsplätzen mit regelmäßigem direkten Bürgerkontakt und Arbeitsplätzen ohne direkten Bürgerkontakt.
- c. Eine Einschätzung des Potentials für die Einführung von Desk-Sharing-Modellen, insbesondere für Arbeitsplätze ohne Bürgerkontakt, unter Berücksichtigung bestehender Homeoffice- und mobiler Arbeitsregelungen.
- d. Eine Prüfung der Möglichkeiten zur Zentralisierung von Bürgerkontakt-Arbeitsplätzen an einem Standort (ergänzend zu den bestehenden Bürgerbüros), um den Bürgerinnen und Bürgern einen zentralen Anlaufpunkt für möglichst viele Verwaltungsdienstleistungen mit persönlichem Kontakt zu bieten.
- e. Eine Darstellung konkreter Einsparpotentiale, die sich aus den Punkten 1 bis 4 ergeben, einschließlich einer Schätzung der möglichen Kostensenkung bei Miet- und Bewirtschaftungskosten.



Begründung:

Die Verwaltung hat im Haushaltsentwurf 2026 unter der Nr. 23 des Haushaltssicherungskonzepts selbst den Vorschlag „Erarbeitung eines Büroraumkonzepts, Erweiterung Home Office“ aufgenommen. Damit erkennt die Verwaltung an, dass in der Nutzung der städtischen Büroflächen Einsparpotential liegt. Die SPD-Fraktion begrüßt diesen Ansatz ausdrücklich.

Allerdings bleibt der HSK-Vorschlag in seiner Formulierung offen. Es ist nicht festgelegt, welche Fragen das Büroraumkonzept beantworten soll, welche Daten erhoben werden und bis wann Ergebnisse vorliegen. Damit besteht das Risiko, dass der Prüfauftrag ohne klaren Rahmen versendet oder nur oberflächlich bearbeitet wird.

Der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion zur Optimierung der Bürgerbüros hat bereits eine Diskussion über die Erreichbarkeit und Qualität der Verwaltungsdienstleistungen angestoßen. Das Büroraumkonzept bietet die Chance, beide Themen zusammenzudenken: Die Frage, wie die Verwaltung ihre Flächen nutzt, ist nicht nur eine Kostenfrage, sondern auch eine Frage des Bürgerservice.

Nach § 75 Abs. 1 GO NRW ist die Haushaltswirtschaft wirtschaftlich, effizient und sparsam zu führen. Gerade im Rahmen der Haushaltssicherung ist die Stadt verpflichtet, alle Einsparmöglichkeiten ernsthaft zu prüfen. Ein Büroraumkonzept, das den tatsächlichen Flächenbedarf ermittelt, ist dafür ein naheliegendes Instrument. Andere Kommunen und Kreise zeigen, dass durch Desk-Sharing, hybride Arbeitsmodelle und Konsolidierung von Außenstellen erhebliche Einsparungen möglich sind. Fachleute schätzen, dass die öffentliche Hand durch solche Maßnahmen rund ein Drittel ihrer Büroflächen einsparen kann.

Gleichzeitig kann eine Bündelung von Arbeitsplätzen mit Bürgerkontakt an einem zentralen Standort – neben den dezentralen Bürgerbüros – den Service für die Bevölkerung verbessern. Wer heute eine Angelegenheit hat, die über das Angebot der Bürgerbüros hinausgeht, muss teilweise verschiedene Standorte aufsuchen. Ein zentraler Anlaufpunkt könnte Wege verkürzen und den Zugang erleichtern.

Dieser Antrag ersetzt den HSK-Vorschlag nicht, sondern konkretisiert ihn. Die Verwaltung erhält einen klaren Prüfauftrag mit definierten Prüfpunkten. Die Ergebnisse sollen die Grundlage bilden, auf der Rat und Verwaltung gemeinsam über konkrete Maßnahmen entscheiden können.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Kobelt
(Fraktionsvorsitzender)

